

Kein Geld für Lärmschutzmaßnahmen eingeplant

Landesregierung bestätigt deutlichen Anstieg im Güterbahnverkehr für die Strecke Oldenburg – Cloppenburg

LANDKREIS • „Der Hinterlandtransport für den Jade-Weser-Port kann ohne große Anstrengungen besonders beim Ausbau der Schienenverkehrswege nicht funktionieren“. Das ist die zentrale Aussage der Antwort der Niedersächsischen Landesregierung auf die Anfrage der SPD-Landtagsabgeordneten Renate Geuter und Axel Brammer bezüglich des in einem Gutachten des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt avisierten drastischen Anstiegs des Güterbahnverkehrs auf der Strecke Oldenburg – Cloppenburg – Osnabrück und die Folgen für die Anlieger insbesondere in den Gemein-

den Großenkneten und Sandkrug des Landkreises Oldenburg.

„Die Antwort der Landesregierung zeigt deutlich, dass erstens die betroffenen Gemeinden und deren Bewohner mit erheblichen Belastungen rechnen müssen und dass zweitens bis dato kein Cent für Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen ist. Für diese Offenheit danken wir der Landesregierung“, so die SPD-Landtagsabgeordneten Renate Geuter und Axel Brammer.

Mit der Antwort widerspreche die Landesregierung auch den Äußerungen von Karl-Heinz Bley (CDU), der die Auffassung vertritt, dass

der Güterzugverkehr nicht stark ansteigen werde. Die Landesregierung hingegen sei der Überzeugung, dass unter anderem die Verbindung Oldenburg – Cloppenburg – Osnabrück einbezogen werden müsse, die im Containertransport bisher keine Rolle spielte. Ebenso sei sich die Landesregierung bewusst, dass zusätzliche Belastungen für die Anlieger und übrigen Verkehrsteilnehmer durch zum Teil deutlich höhere Zugzahlen nicht ausgeschlossen werden können.

Die Auffassung des Gutachtens, dass eine zusätzliche Aufstockung des Güterverkehrs um bis zu 15 Züge

mit 600 Metern Länge ohne Ausbaumaßnahmen oder Beeinträchtigung des Schienenpersonennahverkehrs möglich sei, werde von der Landesregierung sogar geteilt. Die Gestaltung der konkreten Ausbauplanungen, um mehr Güterzüge aufzunehmen, hänge von der tatsächlichen Verkehrsentwicklung ab. Dabei handele es sich um eine Bundesangelegenheit. Bei der Kostenschätzung von 26 Millionen Euro für Ausbaumaßnahmen sind keinerlei Lärmschutzmaßnahmen für die Anlieger vorgesehen, sondern in der Summe seien ausschließlich die Verlängerung von Gleisen und die Errichtung zusätzlicher Kreuz-

ungsbahnhöfe enthalten.

Die Antwort der Landesregierung zeigt nach Ansicht von Geuter und Brammer deutlich, wie notwendig es gewesen sei, dass anliegende Kommunen und Landkreise unverzüglich nach Bekanntgabe des Gutachtens auf die möglichen Probleme hingewiesen hätten.

„Die Landesregierung darf sich jetzt auch nicht zurücklehnen und ausschließlich auf die Zuständigkeit des Bundes und der Deutsche Bahn Netz AG verweisen, sie bleibt in der Verantwortung, gemeinsam mit allen Beteiligten Lösungsvorschläge zu erarbeiten“, so die SPD-Abgeordneten.